



Ausschuss für Europa und Internationales

6. Sitzung (öffentlich)

3. Februar 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

„Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum“: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung

3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1664

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

„Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum“: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1664

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich begrüße Sie im Ausschuss für Europa und Internationales zur 6. Sitzung. Ich begrüße auch alle, die virtuell dabei sind. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und sonstige Zuschauerinnen und Zuschauer, begrüße die Sitzungsdocumentation und ganz besonders die Damen und Herren, die wir als Sachverständige – hier anwesend im Saal eher die Herren – zu Gast haben, herzlich zur Anhörung. Ich mache darauf aufmerksam, dass diese Anhörung live gestreamt und aufgezeichnet wird. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich einverstanden. Die Einladung zur heutigen Tagesordnung ist Ihnen mit der Drucksachennummer E 17/203 bekannt gegeben worden. Gibt es irgendwelche Einwände? – Das sehe ich nicht.

Dann eröffne ich nun die Anhörung zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum“: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung“. Das ist die Drucksache Nr. 18/1664. Der Antrag wurde durch das Plenum zur Federführung an uns, an den Ausschuss für Europa und Internationales sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie überwiesen.

Ich freue mich, dass alle Sachverständigen die Einladung angenommen haben und auch da sind und den Mitgliedern des Ausschusses für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen. Hinweisen möchte ich auf die vorab eingegangenen Stellungnahmen. Für diese möchte ich mich ausdrücklich im Namen des Ausschusses – oder der Ausschüsse, muss man jetzt sagen – bedanken. Die Stellungnahmen liegen am Eingang, an der Tür auch noch mal zusätzlich aus. Und ich weise darauf hin, dass während der Anhörung Bild-, Film- und Tonaufnahmen nicht zugelassen sind. Also kein Selfie nebenher machen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das dürfen wir nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Sachverständigen: Wenn Sie auf die Fragen der Abgeordneten antworten, aktivieren Sie bitte zunächst das Mikrofon. Dazu dient der runde Knopf am Mikrofon auf dem Tisch. Wenn Sie sich da einloggen und ein Licht sehen, dann ist Ihr Mikrofon freigeschaltet. Zum weiteren Ablauf der Anhörung gebe ich noch die folgenden Hinweise: Ein mündliches Statement der Sachverständigen zu Beginn der Anhörung ist nicht vorgesehen. Vielmehr werden die Abgeordneten in Kenntnis, denn alle haben die Stellungnahmen gelesen und auch durchgearbeitet, und auf Basis Ihrer eingereichten Stellungnahmen direkt Fragen an Sie richten.

Ich schlage vor, dass wir die Fragen der Fraktionen zunächst in einer ersten Runde sammeln, und bitte die Abgeordneten-Kollegen und -Kolleginnen, dann den jeweiligen Sachverständigen konkret zu benennen, an den die Fragen gerichtet werden. Ich bitte alle, die virtuell dazugeschaltet sind, sich stummzuschalten. Das ist hilfreich, sonst haben wir Knackgeräusche in der Leitung. Ansonsten würde ich sagen, wir sind startklar, und ich eröffne die erste Fragerunde und bitte um Wortmeldungen vonseiten der Ausschussmitglieder. – Ich sehe zuerst den Kollegen Dr. Pfeil von der FDP-Fraktion, ich sehe Frau Blask von der SPD-Fraktion. – Frau Plonsker!

Romina Plonsker (CDU): Ich habe vorab noch eine Frage.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Das machen wir gleich. – Ich sehe Frau Berivan Aymaz von der Grünen-Fraktion, Herrn Tritschler und auch Frau Plonsker. Aber zunächst Ihre Wortmeldung vor der Klammer, Frau Plonsker – bitte!

Romina Plonsker (CDU): Entschuldigung! Hattest du gesagt, wie viele Fragen wir in der ersten Runde stellen? Hatten wir uns darauf verständigt? Das wäre für mich noch interessant zu wissen, bevor ich meine Fragen stelle.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank für die Nachfrage! Nein, das hatte ich nicht gesagt, weil ich auf den gesunden Menschenverstand der Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen setze, dass ihnen klar ist, dass acht Fragen in der ersten Runde keinen Sinn machen. Wir können gerne eine zweite oder auch noch eine dritte Runde machen, aber first things first. – Dann haben wir jetzt alle Wortmeldungen eingesammelt, alle Regularien geklärt, und es steht alles. Der Kollege der antragstellenden Fraktion, Herr Dr. Pfeil, hat das Wort. – Bitte schön!

Dr. Werner Pfeil (FDP): Herr Vorsitzender, vielen Dank! – Meine sehr geehrten Damen und Herren Sachverständige! Danke schön, dass Sie heute hier sind und dass Sie schriftliche Stellungnahmen abgegeben haben, mit denen wir uns beschäftigen konnten. Ich habe eine Frage, die ich an alle Sachverständigen richte, sodass jeder eine Antwort dazu geben kann, und zwar: NRW hat ja eine Benelux-Strategie, und die läuft schon seit mehreren Jahren. Jetzt ist für mich eigentlich unerheblich, ob Sie die kennen oder nicht, sondern aus Ihren Stellungnahmen gingen ja bestimmte Vorschläge hervor, und mich würde interessieren: Welche drei Ziele würden Sie als Ehestes umsetzen, und über welchen Weg würden Sie das erreichen? – Wenn das bisher durch die Benelux-Strategie nicht zur vollen Überzeugung von Ihnen erfolgt ist, hätten wir da ja einen Ansatzpunkt. Das heißt: Welche drei Ziele würden Sie aus Ihrem Blickwinkel am ehesten umsetzen wollen, und wie ist der Weg dahin? – Vielen Dank!

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ist allen Sachverständigen klar, was gefragt wurde? – Ja, das scheint der Fall zu sein. Ich hatte eine kurze Unsicherheit, Herr Kollege. – Dann für die SPD-Fraktion Frau Blask!

Inge Blask (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Cahueau von der Oberrheinkonferenz, der digital zugeschaltet ist. Ist das richtig?

Johann Cahueau (Deutscher Delegationsleiter der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz [per Telefon zugeschaltet]): Johann Cahueau, ich bin nur telefonisch zugeschaltet, weil ich Verbindungsprobleme mit dem Video hatte. Aber Herr Cahueau ist auf jeden Fall dabei und steht für Fragen zur Verfügung.

Inge Blask (SPD): Wunderbar. – An der Stelle darf ich den herzlichen Dank an alle Sachverständigen für die SPD-Fraktion aussprechen. Ich würde gerne in Richtung Oberrheinkonferenz die Frage stellen, wie Sie einschätzen, was bei Ihnen gut funktioniert und was bei Ihnen schwierig funktioniert. Würden Sie auch empfehlen, so eine Kooperation umfassender zu gestalten, als es hier in diesem Antrag formuliert ist? Da würde mich Ihre Stellungnahme sehr interessieren. – Danke!

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank! – Dann Frau Aymaz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Vielen Dank! – Zunächst mal Danke an alle Expertinnen und Experten für die ausführlichen Statements, und deshalb konzentriere ich mich bei den Fragen auf konkrete Nachfragen. Die erste richtet sich an Herrn Schneider, und zwar sprechen Sie ja von der Konkretisierung des Zielbildfindungsprozesses in Ihrer Einreichung. Dazu meine Frage: Welche politischen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um Planungssicherheit für die Unternehmen zu gewährleisten, bzw. wie kann die Landespolitik günstige Voraussetzungen für Investitionen in klimaneutrale und gegebenenfalls importunabhängige Strukturen und Technologien schaffen? – Gerne können Sie noch hinzufügen, ob da auch Anhaltspunkte sind, das gemeinsam mit den westlichen Nachbarn anzugehen.

Die nächste Frage ist auch an Sie, Herr Schneider, gerichtet: Von der EU-Kommission ist erst vor wenigen Tagen ein Streckenpfad zur Unterstützung des grünen und digitalen Wandels in der chemischen Industrie veröffentlicht worden. Da würde mich Ihre Einschätzung dieser Veröffentlichung interessieren. Was ist aus Ihrer Perspektive besonders geeignet, diesen Wandel hier in NRW voranzutreiben? Sie können aber auch gerne sagen, was in dieser Veröffentlichung vielleicht für NRW gar nicht interessant ist. Auch das zu wissen, wäre spannend.

Dann an Herrn Dr. Scholz noch eine Frage auf jeden Fall, vielleicht werden es aber auch zwei: Mich würde interessieren, welche Potenziale für weitere Wasserstoff-Speicheranlagen in NRW bestehen. Und inwiefern können die Salzkavernen umweltverträglich erschlossen und auch genutzt werden? Können Sie darauf vielleicht noch etwas detaillierter eingehen?

Dann zu den konkreten Aktivitäten mit unseren Nachbarländern Belgien und Niederlande. Da haben bereits konkrete Aktivitäten stattgefunden. Können Sie mir diese noch mal nennen und sagen, welche für dieses Jahr noch geplant sind? Und welche Formate

sind Ihrer Erfahrung nach besonders für eine effektive Zusammenarbeit auch geeignet? – Das wäre es. Ich danke Ihnen sehr herzlich.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Frau Aymaz! – Dann für die CDU-Fraktion Frau Plonsker!

Romina Plonsker (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Sachverständige, vielen Dank auch für Ihre Stellungnahmen. Ich würde jetzt vorab zwei Fragen adressieren wollen, um den gesunden Menschenverstand zu bemühen, und die erste ginge an Herrn Bux. Sie sind in Ihrer Stellungnahme – zumindest habe ich es nicht gelesen – nicht auf die bestehenden Austauschformate eingegangen. Deshalb wäre meine Frage: Können Sie etwas zu den bestehenden Austauschformaten sagen, wie die Zusammenarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Bereich Erd- und Flüssiggas ist?

Und eine ähnliche Frage an Herrn Riemer von Thyssenkrupp: In welchen grenzüberschreitenden Formaten wird die Zusammenarbeit im Bereich der Energieversorgung bereits adressiert, und wie sind Sie darin eingebunden? – Wir hören ja immer wieder von Ihnen als Vorreiter im Bereich Stahl. Deshalb würde mich das interessieren.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank! – Zum Abschluss der ersten Frageunde Herr Tritschler für die AfD-Fraktion!

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von unserer Seite für die umfassenden Stellungnahmen! Auch von mir zwei Fragen für die erste Runde, zunächst eine an Herrn Hinterlang, Herrn Felsch und Herrn Riemer: Belgien und Niederlande setzen – und darum geht es ja hauptsächlich auch in diesem Antrag – mittelfristig weiterhin auf Kernenergie, auch wenn jetzt gerade ein Reaktor ausgeschaltet wurde. Deutschland wiederum wird in diesem Jahr komplett aussteigen nach jetziger Planung. Im Ergebnis wird das wohl eine höhere Abhängigkeit von fossilen Energien bedeuten. Wie bewerten Sie das als Vertreter der Wirtschaft?

Und die zweite Frage geht in die Runde: Im Antrag ist von einem Ausbau des Rheins als Wasserweg, aber auch vom Eisernen Rhein als Schienenweg die Rede. Wir hatten dazu auch schon Initiativen im Plenum. Die Frage hier an der Stelle: Wie realistisch ist der Ausbau angesichts schwerfälliger Genehmigungsverfahren, und was würden Sie sich da vonseiten der Politik wünschen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Antwortrunde. Es sind zweimal alle Sachverständigen angesprochen worden und dann jeweils einzelne noch dazu. Ich würde jetzt die Runde so organisieren wollen, wie das Tableau, das hier ausliegt, die Anzuhörenden aufführt. Das heißt, ich würde mit Herrn Hinterlang anfangen. – Herr Hinterlang, Sie können starten.

Jan Hinterlang (Verband der Chemischen Industrie, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank! – Vielen Dank auch für die Einladung und für die Fragen! Ich gehe zunächst auf die Frage nach den drei Zielen für die trilaterale Region, so würde ich jetzt mal übersetzen, und den entsprechenden Wegen dahin ein. Dazu vielleicht zunächst einfach die Situation aus Branchensicht: Wir befinden uns aufgrund der Energiekrise in einer enormen Unsicherheit, welche Entwicklung beispielsweise das Thema „Preisniveau“ kurz-, mittel- und langfristig nimmt – mit entsprechenden Auswirkungen auf Investitionstätigkeiten. Diese Unsicherheit an der Stelle ist verbunden mit der Unklarheit auch hinsichtlich regulatorischer und struktureller Rahmenbedingungen der Transformation und das in einem globalen Wettbewerbsumfeld, was sich zunehmend noch verschärft.

An der Stelle ist eben der wichtige Punkt, dass wir gerade in der trilateralen Region große Chancen sehen, diesen Herausforderungen am ehesten gemeinsam zu begegnen. Wir sind mit den Niederlanden und Belgien gerade im Bereich der chemischen Industrie als Handelspartner Nummer 1 und Nummer 2 in Europa sehr eng verbunden. Eine große infrastrukturelle und organisatorische Vernetzung ist vorhanden, und ich glaube, da ist es wichtig, dass wir nicht über bilaterale Wettbewerbe reden, sondern den gemeinsamen Blick darauf richten, wie eine nachhaltige und wettbewerbsfähige trilaterale Region im Wettbewerb dann mit den Standorten beispielsweise in Asien und den USA positioniert werden kann.

Planbare, verlässliche und investitionsfördernde Rahmenbedingungen sind da der entscheidende Punkt. Zu nennen sind die drei Aspekte regulatorischer Rahmen vor allem dann auch auf europäischer Ebene, bezahlbare und sichere Energieversorgung und leistungsfähige, grenzüberschreitende Infrastruktur als drei Ziele an der Stelle, und hierbei kann man gemeinsam insbesondere auch in Brüssel Akzente setzen, sicherlich auch effektiver, als wenn man jeweils versucht, das alleine vorzubringen.

Da kamen gerade in dieser Woche sehr wichtige Vorschläge, zum einen die Industriestrategie der Europäischen Kommission, aber zum anderen eben auch der Transition Pathway der chemischen Industrie, und aus unserer Sicht sollte hier der Fokus darauf gelegt werden, den Förderrahmen zu vereinfachen und leichter zugänglich zu machen. Das ist genau der Ansatz, den auch die USA fahren, einen sehr anreizorientierten, pragmatischen, einfachen Zugang zu Förderungen. Das sollten wir uns hier als Beispiel nehmen.

Energiekosten in den Blick nehmen – Klammer auf: Flexibilisierung des Beihilferahmens an der Stelle –: Wir sind als VCI dabei, unser Konzept zu einem europäischen Industriestrompreis zu aktualisieren. Das ist ein weiteres Thema, was in diesen Kontext passt und was man sicherlich auch trilateral besser vertreten kann. Und es ist sicherlich ein ganz wesentlicher Punkt, dass man schauen muss: Wie bewerten wir vor dem Hintergrund aktuelle und kommende Gesetzgebungen auf europäischer Ebene neu? Stichwort „Chemikalienstrategie“, Stichwort „Industrieemissionsrichtlinie“ – also Gesetzgebungen, die aus unserer Sicht eher kontraproduktiv im Kontext der Wettbewerbsfähigkeit und auch Transformation zu sehen sind. Das wäre aus unserer Sicht ein ganz wesentlicher Punkt, den man auch wunderbar und effektiver gemeinsam vertreten kann.

Letzter Punkt an der Stelle: Neben diesen eher politischen Aspekten ist sicherlich ein wesentlicher Punkt der pragmatische und koordinierende Austausch zum Thema „Infrastrukturentwicklung“, und zwar in allen Verkehrsträgerbereichen – Wasserstraße, Straße, Schiene und Pipeline –, damit man hier zu einem Abgleich von Planungen und Zeitschienen kommt. Die trilaterale Strategie der chemischen Industrie, die seit 2016 unter der Schirmherrschaft der drei Wirtschaftsministerien läuft, ist sicherlich eine sehr gute Struktur, ein sehr gutes Gremium. In ihr laufen auch bereits entsprechende Austausche, und sie kann aus unserer Sicht sehr gut weiter genutzt werden, um auch solche Positionen zu setzen.

Beim Thema „Energieversorgung“ ist aus unserer Sicht natürlich wichtig, dass wir das Thema „Versorgungssicherheit“ in jedem Fall immer stark im Blick halten, hier eine entsprechendes Monitoring auch über die nächsten Jahre in den Blick nehmen und das in Verbindung mit dem Aspekt sehen, die Erneuerbaren hochzufahren und dann die konventionellen Kapazitäten entsprechend dazu passend rauszunehmen. Insofern: Das Thema „Versorgungssicherheit“ auch in den Mittelpunkt von trilateralen Diskussionen zu stellen, ist hier sicherlich ein wichtiger Aspekt, und unter dem Gesichtspunkt des entsprechenden Binnenmarkts für Strom und Energie ist es dann ja auch so, dass wir jeweils von unseren Energiemixen entsprechend profitieren bzw. uns gegenseitig unterstützen, je nachdem, welche nationale Entscheidung dann auch im Bereich des Energiemixes getroffen wird. – Ich hoffe ich, ich habe keine Frage vergessen. Das wäre jetzt meine Wortmeldung.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Hinterlang. – Dann kommen wir vom VCI zu Herrn Kirli von der IGBCE – digital zugeschaltet. Sie haben das Wort. Bitte schön!

Ömer Kirli (IGBCE Landesbezirk Nordrhein [per Video zugeschaltet]): Besten Dank, auch ganz herzlichen Dank für die Einladung! – Ich würde gerne auf die erste Frage antworten, die von der FDP-Fraktion gekommen ist, und erst mal mit einem Blick auf die aktuelle Situation beginnen, in der wir uns befinden. Wir befinden uns in einer Art Systemkonflikt mit China, das lange Zeit sozusagen als verlängerte Werkbank Europas betrachtet worden ist, andererseits haben wir in den USA einen Inflation Reduction Act, der uns sehr zu schaffen macht, weil er sehr attraktive Bedingungen in den USA schafft, und gleichzeitig haben wir schon aktuell eine Preisordnung, gerade bei den Gaspreisen, um den Faktor 3. Also die Preise in Deutschland sind dreimal höher als in den USA, und das stellt die Standorte hier vor Ort vor große Herausforderungen und ist zum Teil auch insofern bedrohlich, als eine Deindustrialisierung drohen könnte.

In dem Zusammenhang begrüßen wir natürlich jede Form der europäischen Zusammenarbeit und finden es ganz wichtig, dass gerade diese Region, Benelux und Nordrhein-Westfalen, enger zusammenarbeitet. Wenn Sie beispielsweise Richtung Rotterdam fahren, sehen Sie zahlreiche Chemiewerke, Chemparks, die auf dem Weg liegen, und da wird deutlich, dass es schon jetzt enge Verbindungen gibt, die es weiterhin zu stärken gilt.

In dem Zusammenhang würde ich auf drei Punkte kommen, die für uns als IGBCE ganz wichtig sind. In erster Linie müssen wir schauen, dass wir als Europa wettbewerbsfähiger und resilienter werden. Wir hatten in der Vergangenheit die Situation, dass beispielsweise Ibuprofen für Kinder knapp war. Das liegt einfach daran, dass die Ibuprofen-Werke – elf sind das, glaube ich, weltweit – überwiegend in Asien liegen, zwei davon liegen in den USA, und wenn es da zu Lieferschwierigkeiten kommt, kann hier nicht mehr weiter produziert werden. Ich glaube, so etwas muss gerade im Hinblick auf Pharmazeutika, auf Arzneimittel und andere systemkritische Produkte verhindert werden, und da gilt es, europäische Produktionskapazitäten aufzubauen und zu stärken.

Auf der anderen Seite brauchen wir gerade in der aktuellen Situation – Herr Hinterlang hat es ja geschildert – mit Blick auf die Gas- und Energiemangellage ein Moratorium für die Industrie. Es kann nicht sein, dass wir mit weiteren Gesetzgebungen konfrontiert sind, die noch mal bürokratische Hürden schaffen oder aber dazu führen könnten, dass 77.000 bis 126.000 Arbeitsplätze in ganz Europa akut bedroht sind – Stichwort „Chemikalienstrategie“. Und darüber hinaus braucht es eine mitbestimmte Transformationsstrategie, das heißt, dass sich Europa auf den Weg zur Klimaneutralität machen muss, und da gilt es, nicht nur die Unternehmen mitzunehmen oder das im politischen Kontext zu lösen, sondern auch diejenigen, die Transformation im Betrieb gestalten, mitzunehmen, das heißt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Sozialpartner.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank! – Dann machen wir weiter mit Herrn Cahueau, deutscher Delegationsleiter der Oberrheinkonferenz – telefonisch zugeschaltet.

Johann Cahueau (Deutscher Delegationsleiter der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz [per Telefon zugeschaltet]): Ja, leider nur telefonisch zugeschaltet, aber ich mache gern weiter und gehe insbesondere auf die Frage ein, die die Oberrheinkonferenz und den Oberrhein an sich betrifft, und die Frage, was nach meiner Einschätzung gut oder eher schwierig funktioniert.

Hierzu muss man sagen, dass wir in der Region am Oberrhein sehr gewachsene Strukturen haben. Wir haben einen sehr verflochtenen Raum mit Frankreich und einem Nicht-EU-Mitglied, der Schweiz. Wir haben eine Zusammenarbeit über Jahre hin, die Akteure kennen sich, und das ist auch sehr wichtig. Es hat sich auch im Rahmen der Pandemie gezeigt, wie wichtig das ist, wenn man entsprechend die Akteure in den Verwaltungen kennt. Wir haben Kooperationen mit vielen Akteuren, und diese Kooperationen, die zu einer intensiven Vernetzung geführt haben, führen dazu, dass von der kommunalen Ebene über die Landesebene bis hin zur nationalen Ebene alle Akteure vertreten sind und auch entsprechende Sekretariate in Kehl haben.

Eines dieser Sekretariate ist das Sekretariat der Oberrheinkonferenz, und dieses Sekretariat befasst sich mit der Verwaltungszusammenarbeit der Akteure und geht deutlich über den Energiebereich hinaus. Zum Energiebereich haben wir zur Vernetzung der Akteure ein entsprechendes Netzwerk in Form eines Vereins gegründet, und da

ich mich in der Stellungnahme sehr auf den Energiebereich fokussiert habe, habe ich auch die Geschäftsführerin dieses Netzwerks eingeladen, und Sie können sie sehen, denn sie hat es geschafft, sich per Video zuzuschalten.

Vulla Parasote (Deutscher Delegationsleiter der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank! – Ich würde das, was mein Kollege soeben allgemein zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gesagt hat, aus der Sicht von TRION-climate, dem regionalen Netzwerk der Energie und Klimaakteure am Oberrhein, vervollständigen.

Was funktioniert gut? – Dank dieses Netzwerkes gibt es einen Pool von Energieakteuren aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz, die sich seit Jahren kennen, und zwar nicht nur aus der öffentlichen Verwaltung, sondern auch private Mitglieder. Also in diesem Netzwerk sind natürlich die regionalen Gebietskörperschaften, die Städte, aber auch alle großen Energieversorger involviert. Sie zeigen ein großes Interesse an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und am grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch. Sie möchten hören, was auf der anderen Seite läuft, was man besser machen kann, wo man sich inspirieren lassen kann und wo es Vorbildprojekte gibt.

Wir, die Geschäftsstelle von TRION, sind eine Anlaufstelle für diverse Projektpartner. Wenn gewünscht wird, dass man auf der anderen Seite Projektpartner identifiziert, mit denen man zusammenarbeiten kann, dann kommt man zu uns, und wir geben auch einen guten Überblick über den trinationalen Kontext, das heißt, wir erheben Daten und erheben diese in einer Form, dass man sie vergleichend gegenüberstellen kann, sodass man sich ein Bild über diese trinationale Region machen kann: Wie kommen wir voran in der Energiewende? Wo gibt es noch Arbeitsbedarf?

Wir bieten den Rahmen, damit grenzüberschreitende Projekte entstehen können. Wir können auch zu Fördergeldern informieren, aber – und da kann ich übergehen zu dem, was ein bisschen weniger funktioniert – es ist nicht immer offensichtlich, den grenzüberschreitenden Mehrwert der Projekte zu identifizieren. Das heißt, es gibt auf der einen oder anderen Seite der Grenze so viel zu tun, sodass man an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erst denkt, wenn man wirklich einen Mehrwert darin sieht. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn ein Elektrolyseurprojekt für Wasserstoff zum Beispiel auf der französischen Seite gebaut werden soll, dann wird man in erster Linie nach Abnehmern auf der französischen Seite suchen, und man wird sich Gedanken über eventuelle Abnehmer auf der deutschen Seite erst machen, wenn man sieht, dass das Projekt nicht wirtschaftlich ist, wenn man es allein auf der einen Seite der Grenze umsetzt. Also da haben wir noch ziemlich viel Überzeugungsarbeit zu leisten, um diesen grenzüberschreitenden Mehrwert zu bringen.

Was im Moment die Situation im deutsch-französischen Kontext auch etwas komplex macht: Energieprojekte sind in Strategien eingeschrieben, und hier sind die regionalen Strategien ein Teil der nationalen Strategie, und wie Sie sicherlich wissen, sind die Wege, die Deutschland und Frankreich im Moment gehen, unterschiedlich, also insbesondere, was die Nutzung der Kernenergie und somit den erzeugten Wasserstoff betrifft.

Das als kurzer Überblick über die vielen Pluspunkte und ein paar aus unserer Sicht, aus TRIONs Sicht, etwas schwierige Punkte, an denen wir im Moment arbeiten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stefan Engsfeld: Vielen herzlichen Dank! – Dann machen wir weiter in der Antwortrunde. Jetzt kommt Herr Brüggemeyer von Open Grid Europe. Herr Brüggemeyer, Sie haben das Wort.

Detlef Brüggemeyer (Open Grid Europe): Danke schön! – Vielen Dank zunächst für die Gelegenheit, mich hier als Sachverständiger zu äußern! Ich würde zunächst auf die Frage von Herrn Dr. Pfeil eingehen wollen, welche Projekte oder welche drei Ziele aus unserer Sicht am ehesten umsetzungswürdig sind und was man tun muss, um diese Projekte anzuschieben. Da sehe ich zuallererst, wenn Sie mich einen Moment ausholen lassen, dass wir in der jüngeren Vergangenheit gerade auch in der Energiebranche eine relativ schwierige Situation zu meistern hatten, und da ist es nicht zuletzt auch aufgrund der sehr guten Zusammenarbeit zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern in den Niederlanden, Belgien und Deutschland gelungen, dass man relativ schnell die ausfallenden russischen Lieferungen zu einem guten Teil über erhöhte Importe beispielsweise aus Belgien ersetzen konnte.

Das ist aus meiner Sicht ein Beleg dafür, dass wir dort schon eine belastbare, gute Zusammenarbeit haben. Die wird für Erdgas, Stand heute, über die Netzentwicklungspläne in den einzelnen Ländern weitergeschrieben, und da bemühen wir uns auch darum, dass das grenzübergreifend zueinander passt. Das ist bisher aus meiner Sicht gut gelungen, und wir arbeiten aktuell gerade im Rahmen des Netzentwicklungsplanes daran, das auch fortzuschreiben, um dauerhaft die Knappheit, die wir in diesem Winter erfreulicherweise nicht hautnah erleben mussten, aber die prinzipiell über uns schwebte, zu bewältigen.

Dazu sind entsprechende Ausbauprojekte im Rahmen des Netzentwicklungsplanes vorgesehen. Da ist das Wie schon adressiert. Also ein Ausbau wäre der Netzentwicklungsplan. Das ist auf deutscher Ebene möglich, und der ist jetzt gerade in der Konsultation. Die ist jetzt durch gewesen, und die Bundesnetzagentur entscheidet auf Vorschlag der Netzbetreiber, wie denn Ausbauten stattfinden werden, um diese Energiepartnerschaft zu stärken. Das wäre Punkt 1.

Punkt 2: Das Ganze überträgt sich auch oder sollte sich doch auch in die Zukunft übertragen, und da denke ich gerade über das Thema „Dekarbonisierung“ nach, und auch da gibt es zwischen den europäischen Netzbetreibern einen breiten Konsens darüber, wie man das vorantreiben kann. Wir haben gemeinsame Planungen durchgeführt. Diese gemeinsamen Planungen sind weit gediehen. Wir könnten auch auf deutscher Ebene zusammen mit den belgischen und den niederländischen Kollegen relativ kurzfristig anfangen, ein solches Wasserstoffnetz auf die Beine zu stellen. Da haben wir aber tatsächlich noch ein Problem, und dieses Problem besteht darin, dass dafür ein Rechtsrahmen in Deutschland nicht besteht. Wir sind derzeit nicht imstande, ein solches Netz in die Umsetzung zu bringen. Wir machen das gemeinsam mit der Bundesnetzagentur. Dort bringen wir auch in den Netzentwicklungsplänen immer wieder

Wasserstoffnetze – Vorschläge –, und die Netzagentur verweist darauf, dass der Rechtsrahmen so ist, dass sie nichts entscheiden kann. Also an der Stelle würden wir uns eine Unterstützung durch die Politik wünschen.

Wenn ich jetzt noch mal auf Punkt 3 schaue – das ist vielleicht nicht mehr ganz Energie, aber noch sehr verwandt –: Wir werden auch für das Thema „CO₂ und CO₂-Abscheidung, -Transporte innerhalb Deutschlands“ eine Lösung haben müssen, und das wird auch ein europäisches Thema sein. Auch da sind wir mit den angrenzenden Netzbetreibern im Gespräch, um von den Industrien, die nicht anders zu dekarbonisieren sind wie beispielsweise die Zementindustrie, das abgeschiedene CO₂ abzuholen, dieses CO₂ dann entweder an Nutzer weiterzugeben, die es verwenden können, oder es beispielsweise in Häfen in Deutschland, in Belgien, in den Niederlanden zu bringen, um von dort aus zu einer Verpressung des CO₂ zu kommen.

Also das wären meine drei Punkte. Bei dem dritten Punkt wäre auch noch eine Maßnahme sinnvoll. Da gehe ich nicht davon aus, dass das reguliert wird, weil das am Ende kein Energietransport ist. Wir werden aber auf der Genehmigungsseite sicher Unterstützung brauchen, wenn man CO₂-Infrastruktur in Deutschland in den Boden legen möchte und da Transporte durchführen möchte.

Zur Frage von Herrn Tritschler: Herr Tritschler, sehen Sie es mir bitte nach, aber als jemand aus einem Erdgastransportunternehmen bin ich für das Thema vielleicht nicht der richtige Sachverständige. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stefan Engsfeld: Vielen Dank, Herr Brüggemeyer! – Als Nächster Herr Schneider vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Bitte, Sie haben das Wort.

Clemens Schneider (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Vielen Dank für die Einladung nach Düsseldorf heute Nachmittag und danke für die Fragen und die schon gute Diskussion heute Nachmittag! Ich fange mit der Frage nach den Voraussetzungen an, die aus meiner Sicht auch auf der Landesseite eigentlich noch notwendig sind, um überhaupt in der trilateralen Konstellation wirklich handlungsfähig zu sein und dort wirklich zu konkreten Vereinbarungen kommen zu können.

Ein Punkt, wenn wir über die chemische Industrie und ihre langfristige Entwicklung hin zur Defossilisierung nachdenken, ist natürlich das Thema der nachhaltigen Kohlenstoffe, die in diesem Fall verfügbar gemacht werden müssen. Die Carbon-Management-Strategie des Landes arbeitet das aus meiner Sicht hervorragend auf, also welche Möglichkeiten da eigentlich bestehen. Insofern ist das aufgearbeitet, aber da fehlt es jetzt aus meiner Sicht an der Konkretisierung.

Was bedeutet das im Hinblick auf die chemische Industrie? Wir müssen die Abfälle und vor allem natürlich die Kunststoffabfälle für die chemische Industrie wirklich auch verfügbar machen. Die muss man loseisen langfristig auch aus den Verbrennungen, aus der Abfallverbrennung zum einen, teilweise auch aus den Zementwerken, wo sie ja jetzt auch noch reingehen, um sie einer sehr viel effizienteren Verwendung in der

chemischen Industrie nicht nur durch ein mechanisches Recycling von Kunststoffen, sondern auch ein chemisches Recycling zugänglich zu machen.

Ich bin kein Experte in dem Bereich, aber ich kann mir vorstellen, dass die Landesebene auf der Ebene beim Thema „Abfall“ auch etwas erreichen kann. Ein weiteres Thema ist die Biomasse. Da würde ich eher den Bund in der Verantwortung sehen, und auf Bundesebene läuft ja auch die Biomassestrategie. Die chemische Industrie war in ihrer Roadmap für die Bundesebene bisher sehr vorsichtig, was ihre Ansprüche an Biomasse angeht. Sie hat aus meiner Sicht das Thema eher mit spitzen Fingern angefasst. Ich denke, da wird sich noch was tun, und da wird noch mehr kommen, sodass auch mehr Biomasse langfristig vor allem natürlich aus Reststoffen, sodass wir keine Tank-Teller-Diskussion haben, der chemischen Industrie zur Verfügung steht. Das ist das.

Dann ist natürlich zu berücksichtigen, dass wir in Nordrhein-Westfalen eigentlich sehr viel mehr Kohlenstoff für unsere chemische Industrie brauchen, als wir an Aufkommen haben. Das hängt einfach damit zusammen, dass die Industrie sehr viel für andere Regionen in der Welt produziert. Das heißt, wir werden es langfristig nicht ohne irgendwie geartete Kohlenstoffimporte oder eben aus der Atmosphäre heraus erreichen können, diese Produktionsvolumina aufrechtzuerhalten. Das heißt, das Thema „Import“ wird sich auf jeden Fall langfristig stellen.

Aber der Elefant im Raum sind da natürlich die fossilen Raffinerien, die wir noch in Nordrhein-Westfalen haben und die aus meiner Sicht aufgrund ihres Daseins Festlegungen verhindern, da erst mal langfristig neue Infrastrukturen zum Import neuartiger synthetischer grüner Energieträger aufzubauen. Das heißt, um da wirklich weiterzukommen, bedarf es eines Fahrplans auch im Hinblick auf die Raffinerien, ihres Abbaus, der sicherlich wegen der sinkenden Nachfrage aus dem Verkehrsbereich notwendig sein wird, aber natürlich auch des Umbaus. Also wie viel Fuels wollen wir denn noch in Deutschland oder auch in Nordrhein-Westfalen für unseren Eigenbedarf produzieren?

Damit komme ich zum Thema „Methanol“, was erst mal mein letzter Punkt in die Richtung ist. Das zeichnet sich jetzt schon ab. Also wir könnten schon ein bisschen weiter sein im Hinblick auf eine Methanolwirtschaft, auf eine stärkere Festlegung dahingehend. Methanol hat den Vorteil, dass wir daraus sehr effizient die Grundstoffe in der chemischen Industrie produzieren können. Selbst an die bestehenden Cracker können wir sie sozusagen noch anflanschen. Wir können lokal eine Methanolwirtschaft aus der Verwendung von Abfällen aufbauen und gleichzeitig – und das wäre dann in Richtung trilateraler Strategie interessant – eine Methanol-Pipeline-Infrastruktur in Richtung vielleicht auch beider Länder aufbauen, um diese Methanolwirtschaft, die es dann ja ist, nicht nur im Hinblick auf Importe, sondern auch im Hinblick auf einen effizienten Austausch dieses aus meiner Sicht kommenden, wichtigen Feedstocks aufzubauen, also dass zum Beispiel bei Anlagenausfällen eben Methanol dann auch zwischen den Standorten ausgetauscht werden kann.

Das Thema „Wasserstoff“ ist natürlich auch zentral im Hinblick auf die drei Ziele. Herr Dr. Pfeil, also aus meiner Sicht – jetzt eher von der technischen Produktionssystemebene her gedacht und weniger politisch gedacht im Hinblick auf Instrumentierung – ist

ein H₂-Leitungsnetz etwas, was wir auf jeden Fall brauchen werden. Natürlich wären Importe aus Spanien und Marokko noch besser und würden langfristig noch besser helfen, günstigeren Wasserstoff zu bekommen, aber auch der Austausch zu den Häfen und die Importmöglichkeiten von dort sind sicherlich wichtig, und ich glaube, wir sind so weit, dass wir das auch fest sagen können.

Und der zweite Punkt wäre eben die Methanol-Pipeline-Infrastruktur. Da würde ich auch sagen, dass das etwas ist, was man jetzt schon angehen kann, vorausgesetzt, man schafft die Sicherheit bei den Investitionen im Hinblick auf die Raffinerieentwicklung in der ganzen Region.

Dann wurde ich noch nach der Roadmap gefragt, die auf der europäischen Ebene ja jüngst veröffentlicht worden ist, also inwieweit die hilfreich sein kann. Auch dort ist es so, dass die sehr gut den Möglichkeitsrahmen aufspannt und alles Mögliche, was relevant ist, auch nennt. Wo sie aus meiner Sicht ein bisschen hinter den Möglichkeiten zurückbleibt, ist wiederum das Thema „Methanol“. Da könnte man schon ein bisschen konkreter sein. Es ist noch sehr technologieoffen. Diese Roadmap lässt wirklich alles an Möglichkeiten zu, was man sich heute denken kann, und wenn wir da in eine Anwendung hin für Nordrhein-Westfalen kommen würden, dann bedarf es da schon einer deutlichen Konkretisierung im Hinblick auf die Technologien, also zum Beispiel die Methanol-to-Olefins-Technologie, in die Richtung Investitionen in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.

Also viele sehr gute Ansätze, man kann es als Anregung nutzen, aber ich glaube, in vielem sind wir auch in Deutschland durch die Roadmaps, die ja in Deutschland schon selbst entstanden sind, auch ein Stück weit weiter und konkreter. – Danke!

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Schneider! – Dann kommen wir zur neuen Landesgesellschaft für Energie und Klimaschutz: NRW.Energy4Climate. – Herr Dr. Scholz, bitte!

Dr. Christian Scholz (NRW.Energy4Climate): Danke, Herr Vorsitzender! – Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst mal Danke schön für die Einladung zum heutigen Austausch zu diesem aus meiner Sicht sehr spannenden Thema! Wenn ich mit der Frage von Herrn Dr. Pfeil beginnen darf, dann muss ich schon mal vorwegschicken, dass ich so ein bisschen die Wunschzettel von Herrn Brüggemeyer und auch die Aspekte von Herrn Schneider ein Stück weit unterschreiben kann, denn wenn wir von Energieversorgungssicherheit sprechen, dann sprechen wir allerspätestens mittelfristig von Wasserstoffversorgungssicherheit. Wir werden einfach bis 2045 enorme Wasserstoffbedarfe hier in Deutschland aufbauen. Ein großer Teil wird auf die Industrie entfallen, und ein sehr großer Anteil wird hier in Nordrhein-Westfalen benötigt werden, und das sind dann eben die Chemie, die Umstellung des bislang genutzten grauen Wasserstoffs substituiert durch grünen Wasserstoff für klimaneutrale Ammoniakproduktion, Methanolproduktion und andere synthetische Kraftstoffe. Das ist dann auch, Herr Riemer, die Stahlindustrie, die ihre Primärherstellroute auf die Wasserstoffdirektreduktion umstellen wird, und das sind auch ganz andere industrielle Prozesse

wie die Flachglasherstellung, die Schmiederei-, Gießereiprozesse, die sich alle nicht vollständig elektrifizieren lassen.

Wenn wir uns diese Wasserstoffbedarfe angucken, dann ist der allererste Wunsch natürlich der nach einer adäquaten Wasserstoffinfrastruktur. Wir brauchen als Erstes ein Pipelinenetzwerk. Herr Brüggemeyer hat es schon angesprochen: GET H2 haben wir hier in Nordrhein-Westfalen hoffentlich kommen als Ausgangspunkt. Wir haben „H2ercules“ dann in Richtung Norden nach Wilhelmshaven. Aber wenn man mit den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen spricht, dann sieht man vor allem auch eine Orientierung in Richtung des Westkorridores. Also wir brauchen die Anbindung an die Seehäfen in Antwerpen und in Rotterdam, und da ist dann natürlich ganz besonders dieser Dialog, die Kommunikation und der Trilog mit den Niederlanden und mit Belgien erforderlich, um zum Beispiel Projektvorhaben wie den Delta Corridor voranzutreiben und das ganze Pipeline-Netzwerk auch noch um eine entsprechende Wasserstoffspeicherinfrastruktur zu ergänzen, denn da hat Deutschland – und da komme ich auch gleich zu der Frage von Frau Aymaz – eine ganz besondere Rolle in Europa, weil wir ein erhebliches Potenzial für diese Lagerstätten haben. Ein erheblicher Anteil des Potenzials in Europa befindet sich hier in Deutschland.

Das wäre so in dieser Reihenfolge vielleicht als Allererstes der entscheidende Punkt in Richtung Zusammenarbeit mit den Niederlanden und Belgien, dass wir eine Wasserstoffinfrastruktur entwickeln mit Pipeline-Netzwerken, mit Speicherinfrastruktur und das Ganze dann bitte auch unter Anbindung der Seehäfen in Richtung des Westkorridores Rotterdam und Antwerpen, um da entsprechend für die Wasserstoffimporte, die wir in jedem Fall benötigen werden, gerüstet zu sein.

Frau Aymaz, ich möchte gerne auf die Potenziale der Wasserstoffspeicheranlage zu sprechen kommen. Vielleicht müssen wir einmal den Blick auf die aktuelle Situation der Erdgaskavernen werfen, die wir im letzten Dreivierteljahr zumindest auch relativ präsent in den Medien verfolgen konnten. Wir haben in Deutschland 180 Terawattstunden an Erdgas in Kavernenspeichern vorrätig vorliegen, und wir haben davon einen Anteil von ungefähr 25 Prozent hier in Nordrhein-Westfalen. Das ist dann die Region Gronau-Epe an der niederländischen und niedersächsischen Landesgrenze. Wir haben in Süddeutschland eher die Porenspeicher, die wir voraussichtlich nach aktuellem Stand für Wasserstoff nicht nutzen können, aber wir haben eben das Potenzial, diese Kavernenspeicher, diese Salzkavernenspeicher ausnutzen zu können.

Das Potenzial ist dabei für Deutschland so, wie ich es gerade auch schon in der ersten Antwort andeutete: Es zieht sich ein Salzstockband quasi aus Polen kommend durch Mitteldeutschland, durch Norddeutschland bis unter die Nordsee, und aufgrund dieser geologischen Gegebenheiten verfügt Deutschland über einen ganz erheblichen Anteil dieser europäischen Speicherpotenziale. Wir haben jetzt im Rahmen der Initiative GET H2 schon den ersten Wasserstoff-Kavernenspeicher, der im Feld in Gronau-Epe errichtet werden wird und an GET H2 angeschlossen wird.

Wir haben aber auch eine ganz grundsätzliche Frage, wenn wir in Richtung der Umweltaspekte denken, die wir an dieser Stelle beantworten müssen: Schaffen wir es denn, bestehende Erdgaskavernen für die Nutzung mit Wasserstoff umzurüsten, oder müssen wir neue Kavernen parallel schaffen, weil wir die Erdgaskavernen nicht

entsprechend freimachen können? Denn man muss sich dessen bewusst sein, dass man eine Erdgaskaverne für die Spülung, Füllung mit Wasserstoff und Ertüchtigung der oberirdischen Infrastruktur für ungefähr fünf Jahre außer Betrieb nimmt. Wenn man allerdings eine neue Kavernen sohlen möchte, dann hat man wieder mit diesen Aspekten zu tun: Ein ganz erheblicher Wasserbedarf, man muss mit der entstehenden Sohle entsprechend weiter arbeiten oder eine Behandlung durchführen, und man hat auch hier mit Zeithorizonten von um die zehn Jahre zu rechnen, wenn man einen ganz neuen Kavernenspeicher sohlen möchte mit Errichtung der oberirdischen Infrastruktur dazu. – Das sind einfach Entscheidungen, die man dann mit einem entsprechenden zeitlichen Vorlauf treffen muss.

Wenn wir zu den konkreten Aktivitäten mit Belgien und den Niederlanden kommen möchten, dann kann ich gerne etwas dazu sagen, was wir als NRW.Energy4Climate im letzten Jahr angestoßen haben. Aus dem Kosmos des Wasserstoffes ist es zum Beispiel jetzt im März ein Workshop, den wir organisieren – mit Teilnehmern aus den Niederlanden, mit Akteuren aus Deutschland, die sich mit dem Thema „Grüner Wasserstoff“ entlang der gesamten Wasserstoffwertschöpfungskette von Erzeugung über Speicherung und Transport bis hin zu Anwendung und Nutzung beschäftigen.

Das Ganze begleiten wir thematisch durch entsprechende Fördermaßnahmen im grenzübergreifenden Bereich und durch einen entsprechenden Abgleich der regulatorischen Rahmenbedingungen auf niederländischer und auf nordrhein-westfälischer Seite. Für Belgien ist jüngst eine Partnerschaft zwischen Energy4Climate und einem großen Energienetzwerk in Belgien geschlossen worden, wo es jetzt zu einem ersten Austausch der Projektleiter bzw. Bereichsleiter von unserer Seite kommen wird, wo das Thema „Wasserstoff“ eine entscheidende Rolle spielt.

Wenn Sie mich nach Formaten fragen, die sich für so etwas eignen: Solange man noch keine konkreten Projekte ins Auge fasst, ist es aus meiner Sicht notwendig, in eine gewisse Vorleistung zu gehen. Man muss in Präsenzveranstaltungen investieren, man muss eine entsprechende Sichtbarkeit über Vortragsangebote haben, und man muss einfach diese Kommunikation in Präsenz ausnutzen, um überhaupt mal die Ansatzpunkte für konkrete Aktivitäten und konkrete Synergieeffekte, die man ausnutzen kann, zu schaffen, und das ist aus meiner Sicht zu einem bestimmten Zeitpunkt zwischen Belgien, den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen in jedem Fall notwendig, um den Startpunkt zu finden. – Danke schön!

Vorsitzender Stefan Engfeld: Vielen Dank! – Und jetzt für „unternehmernrw“ Herr Felsch!

Alexander Felsch (unternehmernrw): Herzlichen Dank! – Herr Dr. Pfeil, die gewünschten drei Punkte will ich mal unter eine Überschrift stellen, von der ich vermute, dass sie Sie nicht großartig überrascht, weil es auch in dem beschreibenden Teil wie in den Forderungen bei Ihnen einen wesentlichen Teil ausmacht, und das ist das Thema „Infrastruktur“. Also da sehen wir den größten Bedarf, die Zusammenarbeit weiterzuentwickeln. In anderen Bereichen – Fachkräfte, grenzüberschreitende Kooperation insgesamt, auch auf Verwaltungsebene usw. – funktioniert das seit vielen Jahrzehnten gut.

Wenn wir überlegen, wo wir das noch verbessern können, dann ist es das Thema „Infrastruktur“.

Sie haben nach drei Punkten gefragt, und deswegen will ich Sie Ihnen nennen: Das beginnt mit dem Thema „Wasserstraßen“. Wir brauchen die Rheinvertiefung, die sogenannte Abladeoptimierung. Die brauchen wir, um mit den nun mutmaßlich häufiger werdenden Niedrigwassersituationen über den Sommer bis in den Herbst hinein klarzukommen.

Sie fragten dann, über welchen Weg das passieren soll. Bei den Wasserstraßen reden wir vorrangig davon, dass das eine Bundesaufgabe ist, aber die Aufgabe des Landes ist es, dafür zu sorgen, dass die Wasserstraßen, auch die Binnenwasserstraßen vor allem, immer wieder in Erinnerung bleiben und die notwendige Priorität erfahren, denn von Berlin aus gesehen sind die ZARA-Häfen und ist der Rhein weit weg, und die Aufgabe dieses Parlamentes, der Landesregierung und aller anderen Parlamentarier, die aus Nordrhein-Westfalen Verantwortung tragen, ist es, das immer wieder auf der Agenda nach oben zu bringen, sodass das mit der notwendigen Geschwindigkeit vorangetrieben wird. Da gibt es absolute Potenziale bei dem Thema „Abladeoptimierung, Rheinvertiefung“, das geht zu langsam.

Der nächste Teil ist das Thema „Schiene“. Wir brauchen eine bessere Anbindung gerade an die ZARA-Häfen. Der Eiserne Rhein und die Betuwe-Linie sind hier genannt. Herr Tritschler, Sie fragten, wie realistisch der Eiserne Rhein ist. Ich hoffe, wir führen die Debatte, wie notwendig er ist, und darüber kommt dann der Umsetzungsdruck. Er ist sehr notwendig. Wenn wir einerseits sagen, dass wir eine klimaresiliente Infrastruktur brauchen – und Schiene und Pipelines sind sehr klimaresilient –, und wenn wir es auf der anderen Seite mit der Verlagerung von Gütern auf die Schiene und die Wasserstraße ernst meinen, dann müssen wir diese Verkehrsprojekte schneller realisieren, als wir das derzeit tun.

Die Planung – grenzüberschreitend – ist eine Bundesaufgabe. Da ist aber auch einiges in der Landesplanung zu tun, und auch dort gilt es wieder, im positiven Sinne zu nerven und bei den Projekten entsprechend für die Umsetzung zu sorgen und, das ist keine kleine Aufgabe, gerade bei den Bahnprojekten für die Akzeptanz in der Bevölkerung zu werben. Bezogen auf den Eisernen Rhein heißt das vor allem auch, dass Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Belgien die Niederlande vom Sinn dieses Projektes überzeugen müssen, denn die werden von der Umsetzung hauptsächlich betroffen sein. Man muss das alles miteinander abwägen und deswegen dafür vor allem auch bei unseren niederländischen Partnern werben. Daher ist es auch gut, dass der Ministerpräsident regelmäßig an den Regierungskonsultationen der Beneluxstaaten teilnimmt.

Der dritte Punkt: Zu Pipelines für Wasserstoff ist schon vieles und Richtiges gesagt. Das unterstütze ich alles, aber ich will es nicht wiederholen. Aber wir haben auch Pipelines für andere Produkte, die wir in Massen aus den ZARA-Häfen in die Raffinerien und in die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen importieren. Gerade der Hitzesommer 2018 hat gezeigt, dass unsere Raffinerien anders als die in Süddeutschland unter diesen Bedingungen noch sehr gut produzieren konnten, weil wir direkte Pipeline-Anbindungen haben, und das gehört zur Klimaresilienz und zur Verlässlichkeit dazu, dass man das vorantreibt. Ganz konkret auf das Land bezogen heißt das: In die

Klimaanpassungsstrategie gehören sowohl Pipelines als auch die Schiene. Das gehört da definitiv mit hinein und muss vom Land dann auch vorangetrieben werden.

Dann war noch die Frage offen, wie wir das, was jetzt energiepolitisch ansteht, bewerten, das heißt, das Ende des Streckbetriebs. Dazu möchte ich sagen, dass Versorgungssicherheit zu jeder Sekunde absolut existenziell ist. Gerade in der vernetzten Wirtschaft und Industrie muss die zu jeder Sekunde und nicht nur zu jeder Minute gewährleistet sein. Das heißt, zu allem, was man dafür braucht, empfehle ich die Klimapfadstudie 1 und 2 des BDI. Darin ist sehr genau dargelegt: Welche Investitionsbedarfe und welche Reihenfolge?

Ich möchte da einen Link setzen: Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen Wasserstoffanwendungen von den Elektrolyseuren bis zu Endanwendungen, aber perspektivisch brauchen wir vor allem auch große Wasserstoffimporte, und da kommt es wieder auf Benelux an. Das sind vorrangig unsere Häfen. Ich sage mal: Ab Münster guckt man gen Norden, aber im Rest von Nordrhein-Westfalen schaut man nach Westen. Ohne eine gute Anbindung zu den Benelux-Häfen wird uns die breite Dekarbonisierung der Grundstoffindustrien hin zum Wasserstoff nicht gelingen, und unsere eigene Hausaufgabe ist, dass wir beim Ausbau erneuerbarer Energien, beim Ausbau von Speichern und beim Schaffen von Back-up-Kapazitäten grundlastfähig vorankommen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank! – Dann kommt jetzt Herr Riemer von der Thyssenkrupp Steel Europe AG. Bitte schön!

Gerrit Riemer (thyssenkrupp Steel Europe): Schönen Dank! – Ich möchte mich auch ganz herzlich für die Einladung bedanken und jetzt in gewisser Weise so einen kleinen Werkstattbericht geben, wo wir eigentlich gerade stehen. Wir sind als Thyssenkrupp im Moment für 20 Millionen Tonnen CO₂ verantwortlich. Das sind 25 Prozent der Emissionen des Ruhrgebiets, und die sollen nun bis 2045 komplett weg, und die wollen wir bis 2030 um 30 Prozent reduzieren. Wir sind auf dem Weg, jetzt Direktreduktionsanlagen aufzubauen – mit Einschmelzern, mit erheblichen Milliardeninvestitionen. Während wir jetzt im Moment noch hauptsächlich vom Rhein abhängig sind, nämlich mit Bezug auf Erz und Kohle, werden wir in Zukunft deutlich stärker vom Thema „Energie“ abhängig sein.

Bisher sind wir als Thyssenkrupp Steel Eigenversorger, das heißt, was wir als Kuppelgasen in unserem Hochofenprozess erzeugen, setzen wir selbst für die Stromerzeugung ein. Das zeigt aber auch für uns, wie abhängig man dann von dem Thema „Energie“ wird. Wenn Sie fragen: „Was ist wirklich wichtig? Was sind so die drei oder vier Prioritäten?“, dann brauchen wir auf jeden Fall deutlich stärker und deutlich mehr erneuerbare Energien. Es ist völlig klar, dass das nicht nur in Deutschland passieren wird. Dafür brauchen wir eben diesen europäischen Markt.

Das zweite große Thema bei uns ist natürlich diese Abhängigkeit vom Thema „Wasserstoff“. Nur so als Zahlen mal genannt: Wenn wir dann im Jahr 2045 dekarbonisiert sind, werden wir alleine für die Wasserstofferzeugung für den Standort Duisburg so etwa 3.500 Windräder der höchsten Leistungsklasse brauchen. In Zahlen ausgedrückt: 720.000 Tonnen Wasserstoff. Sie alle kennen hier im Ruhrgebiet das Gasometer in

Oberhausen. Also der Bedarf, den wir haben, das ist dann das Gasometer Oberhausen zweimal pro Stunde gefüllt, nur für Duisburg.

Das zeigt aber auch, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Da kann ich an das anknüpfen, was gerade alle Kollegen gesagt haben. Wir brauchen sehr schnell die Infrastruktur. Herr Brüggemeyer hat die Schwierigkeiten aufgezeigt, Herr Felsch genauso. Und da müssen dann die Niederlande, Deutschland und Belgien auch gemeinsam an dieser Infrastruktur arbeiten, denn wir haben unsere erste Direktreduktionsanlage im Jahr 2026 stehen und wollen die möglichst schnell mit Wasserstoff betreiben. Der Netzentwicklungsplan sieht im Moment einen Anschluss im Jahr 2027 vor.

Wir hoffen, dass es dabei dann auch so bleibt, denn diese ganzen Diskussionen – damit wäre ich beim zweiten Punkt, der wichtig ist, dem Thema „Brüssel“ –, die da zum ... (*akustisch unverständlich*) geführt werden oder diese Diskussion hier um einen staatlichen Netzbetreiber sind nicht gerade förderlich für die Beschleunigung des ganzen Themas „Leitungsausbau“. Also das wäre für uns ganz wichtig, dass die Infrastruktur schnell geschaffen wird.

Das gilt aber eben nicht nur für die Wasserstoffinfrastruktur, sondern auch für den Rhein. Wir hatten es gerade besprochen. Die Erze werden für uns weiter eine große Rolle spielen, und da kann man eben den Eisernen Rhein nehmen, aber es gibt ja auch noch die Betuwe-Linie, wo es vielleicht auch nicht so schnell geht, wie man sich das vorstellen könnte. Also auch da die Bitte, schnell auch im Rahmen deutsch-niederländisch-belgischer Kooperation voranzugehen.

Damit wäre ich eigentlich beim dritten Punkt, der uns und gerade, glaube ich, alle betrifft. Wo man auch mit diesen verschiedenen Ländern sehr eng zusammenarbeiten könnte und sollte, ist das Thema „IRA“. Die Amerikaner machen es uns ja vor, wie Industriepolitik geht. Davon kann man sich auch eine Scheibe abschneiden und etwas lernen. Ich würde gar nicht mal alles nur verdammen, denn die Amerikaner machen jetzt Industrie- und Klimapolitik, und das hat auch positive Aspekte. Aber wenn das dann hier unser Thema mit den Elektrolyseuren stark zurückdrängt, dann muss man darauf eine gemeinsame europäische Antwort finden, und das, glaube ich, kann man auch sehr gut mit Belgien und den Niederlanden gemeinsam.

Jetzt bin ich noch nach den internationalen Kooperationen gefragt worden. Da sind wir natürlich in vielen Gesprächen. Also Port of Rotterdam ist seit Ewigkeiten unser Partner, bisher hauptsächlich für Lieferungen von Koks und Erzen, aber das geht jetzt natürlich stärker auch in Richtung Wasserstoff. Wir sind auch mit Gasunie und mit allen großen Versorgern im Gespräch, um uns die Mengen an Wasserstoff zu sichern, die wir halt brauchen. Aber – wir haben es gerade angesprochen – das Thema der Transporte ist eben noch nicht so ganz klar, und die Mengen sind auch noch in der Diskussion, die man sicherlich führen muss: Wo kommen die Mengen hin? – Herr Schneider sprach es an. Da gibt es dann auch noch die Diskussion darüber: Wo gehen sie dann hin? – Bei uns, der Stahlindustrie – da mache ich jetzt noch als Abbinder den kleinen Werbeblock –, kann man halt mit einer eingesetzten Tonne Wasserstoff 26 Tonnen CO₂ einsparen, und da auch alle unsere Hochöfen oder die Hälfte der Hochöfen in Europa in diesem Jahrzehnt ersetzt werden müssen, setzen wir uns eben stark für den Hochlauf bei Stahl ein.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Riemer! Sie sind übrigens auch eine Brücke – ich weiß gar nicht, ob Sie es wussten – zu heute Vormittag und heute Morgen, wo wir die Ausschusssitzung hatten und dort wegen der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft den Botschafter des Königreichs Schweden zu Gast hatten, der gestern Thyssenkrupp Steel in Duisburg besucht hat, aber auch ein bisschen erzählt hat, wie das in Nordschweden mit der fossilfreien Stahlproduktion ist. Insofern sind Sie für uns als Abgeordnete so ein bisschen der Brückenkopf. – Last but not least – ich weiß nicht, wer von Ihnen anfängt – Herr Bux oder Herr Rosenstock von Fluxys. Bitte!

Arno Bux (Fluxys): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung von meiner Seite insbesondere, das hier aus einer nicht-deutschen Perspektive beleuchten zu dürfen. Fluxys ist ein belgisches Unternehmen, obwohl wir auch in Deutschland Ferngasnetze betreiben. Insofern ein doppelter Dank für die Einladung! – Vieles ist schon gesagt worden. Als Letzter hat man dann häufig die schwierige Arbeit, die Punkte zu verbinden, die bereits gebracht wurden.

Die drei Prioritäten, Herr Dr. Pfeil: Ähnlich wie Herr Brüggemeyer muss ich sagen: Man kann sie in drei Molekülen zusammenfassen: CH_4 , H_2 , CO_2 . Das sind die drei Prioritäten. Als Gasinfrastrukturbetreiber sind das unsere Ziele. Also diese drei Moleküle sind unsere drei Zielrichtungen, wenn auch zeitlich unterschiedlich gestaffelt. Beim Methan, beim CH_4 , haben wir in der Tat bereits eine sehr starke Anbindung, die auch in einem hervorragenden Krisenmanagement mit unseren Kollegen der benachbarten Netzbetreiber schnell so genutzt werden konnte, dass wir eben die Versorgungssicherheit insbesondere Nordrhein-Westfalens, aber auch Deutschlands zum großen Teil aus Belgien sicherstellen konnten. Eine Leistung von 35 Gigawattstunden pro Stunde geht über die Grenze bei Aachen.

Da kann ich auch die Frage von Herrn Tritschler noch einschleifen, ein wenig zumindest. 35 Kilowattstunden pro Stunde entsprechen 35 Atomkraftwerken an Leistung. Das wiederhole ich gerne, weil auch häufig die Größenordnungen bei der Elektrifizierung so ein bisschen verloren gehen. Das Vorhandensein dieser Gasinfrastruktur auch und gerade vor dem Hintergrund des beschleunigten Kohleausstiegs in NRW und der Frage, wo kommt es denn zukünftig her, ist wirklich ein Trumpf, den es zu nutzen gilt.

Von Versorgungssicherheit ist häufig gesprochen worden. Wir sollten auch noch über Preissicherheit sprechen. Wir haben die Versorgungssicherheit aufrechterhalten können, aber aufgrund von Engpässen an der Grenze hatten wir über einen Großteil des Jahres 2022 Preisdifferenzen auf den Erdgasmärkten zwischen Belgien und Deutschland von 30 bis 40 Prozent. So viel teurer war das Gas in Deutschland aufgrund der Netzengpässe. Das unterstreicht noch einmal die Wichtigkeit von Infrastruktur, und es ist natürlich eine Binsenweisheit: Industriepolitik ist auch und vielleicht zunächst Infrastrukturpolitik.

Die Region, über die wir reden, ist ja wirtschaftlich bereits hervorragend vernetzt – nicht nur im übertragenen Sinne. Wir haben in dieser Region auch das dichteste Pipelinennetz für Rohstoffe und chemische Produkte in Europa – ich weiß nicht, ob weltweit, aber zumindest in Europa. Das sind Projekte, die insbesondere von der chemischen, der petrochemischen Industrie in Privatinitiative verwirklicht wurden, und die Aufgabe

ist jetzt, für die drei genannten Moleküle, die voraussichtlich mit einem „third-party access“ betrieben werden, die auch dann zumindest in einer staatlichen Aufsicht geplant werden – durch den Fernnetzbetreiber, aber eben auch unter Aufsicht der Regelungsbehörden –, es ähnlich erfolgreich zu machen – oder es mindestens so erforderlich zu machen, sollte der Anspruch sein –, wie es eben die Industrieunternehmen vorgebracht haben.

Das bringt uns dann auch zunächst mal beim Methan – ich komme noch auf die beiden anderen Moleküle – zu den Austauschformaten, die auch in der Frage von Frau Plonsker angesprochen wurden. In allen drei genannten Staaten sind die Transportnetze oder ist der Betrieb von Transportnetzen auf föderaler Ebene, auf nationaler Ebene angesiedelt, und die verschiedenen Behörden und vorneweg die Regulierer in diesen drei Ländern haben die Prozesse der Netzplanung und der Netzentwicklung auf Staatsebene, also föderal, organisiert, getaktet, definiert usw. Wir haben also diese Ebene, und dann haben wir als nächste Ebene die europäische Ebene, mit ACER, mit CEER, der Zusammenarbeit der Regulierungsbehörden usw. Wir haben das Pentalaterale Forum. Das ist ein bestehendes Austauschformat, hat aber eine andere Zielsetzung.

Was wir nicht haben, ist eine spezifische Zusammenarbeit der Exekutive und der Regulierungsbehörden zwischen den Niederlanden, Deutschland und Belgien. Und wenn wir eine Infrastruktur mit diesem geographischen Bezug aufbauen wollen, dann wäre es meines Erachtens sinnvoll, dass zum Beispiel in einem 3-plus-3-Format, also Ministerien plus Regulierungsbehörden mal drei, über die Netzplanungen, über die Taktung, über die Prioritäten usw. gesprochen wird, denn wenn das alles einmal in Prozeduren gegossen ist, dann sind das Selbstläufer. Wenn der Netzentwicklungsplan in einem Land in den ungeraden Jahren und in dem anderen Land in den geraden Jahren gemacht wird, dann ist das so. Dann kommen Sie da auch nicht mehr raus. Da ist das Gesetz, und dann ist das so.

Also das sozusagen aus der geographisch definierten Perspektive zu beleuchten und da, wo es möglich ist, diese Verfahren zumindest zeitlich anzugleichen, damit eine gemeinsame Planung überhaupt möglich ist und eben nicht durch die Prozeduren verhindert oder zumindest erschwert wird, das wäre vielleicht ein Ansatz, über den man nachdenken kann.

Wasserstoff: Wasserstoff ist sehr stark eine Top-Down-Geschichte. Also es gab die europäische Strategie, dann gab es die Länderstrategien, Deutschland war vorneweg mit einer Wasserstoffstrategie, Belgien hat inzwischen auch eine, und in der Umsetzung dieser Strategie, wie bereits erwähnt, haben auch die Transportnetzbetreiber Europas einen gemeinsamen Entwurf geschaffen, wie eine zukünftige Wasserstoffinfrastruktur aussehen kann. Bei der Frage, wo die Moleküle herkommen sollen – also wo kommt der grüne Wasserstoff her? –, hat Deutschland mit der „H2Global“-Stiftung auch ein sehr interessantes Instrument geschaffen, das inzwischen einen europäischen Anspruch hat und eine europäische Strategie verfolgt. Die Niederlande sind da schon nah dran, und es wäre meines Erachtens sinnvoll, dass dies auch in der Gemeinschaft Belgien-Niederlande-Deutschland als Beschaffungsinstrument für den

Wasserstoff Verwendung fände, natürlich neben der privatrechtlichen Beschaffung, die weiterhin möglich bleibt.

Die Brücke vom Wasserstoff zum CO₂: Als wir in Belgien, wo wir der einzige Ferngasnetzbetreiber sind, anfangen, mit den Industriekunden über die Planung eines Wasserstoffnetzes zu sprechen, waren wir tatsächlich überrascht, wie in diesen Dialogen das zwar sehr willkommen geheißen wurde: „Ist auch alles ganz nett, wenn denn die Moleküle kommen, aber CO₂, wenn ihr dafür eine Lösung habt, sehr gerne und sehr gerne sofort“, und zwar in Abwesenheit einer europäischen Strategie, in Abwesenheit von nationalen Strategien, sondern einfach aus der Notwendigkeit geboren, das CO₂ vom Hof zu kriegen.

Wir planen jetzt parallel ein Wasserstoffnetz und ein CO₂-Netz, ähnlich wie OGE, und sind auch in bilateralen Gesprächen über die Realisierung von Anbindungspunkten, damit wir über eben eine größtmögliche Einbindung von Mengen in der ersten Ausbaustufe dann auch sehr schnell aus der unwirtschaftlichen Phase in eine wirtschaftliche Phase für diese Infrastruktur hineinkommen können.

Über die Wichtigkeit der Anbindung an die Häfen wurde schon viel gesagt. Herr Felsch hat es sehr deutlich gemacht. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. – Ich denke, ich habe alle Punkte angesprochen. Vielleicht noch ein letzter: Die physische Präsenz, also die Existenz von Röhren, einer Infrastruktur ist wichtig. Die Vermarktung dieser Kapazitäten ist genauso wichtig, denn es nützt nichts, wenn sie im Boden sind und nicht an den Mann kommen. Das bringt mich etwas zurück zum Thema der Regulierungsbehörden. Es geht nicht nur darum, die Planung und die Realisierung dieser Infrastruktur aufeinander abzustimmen, sondern auch darum, die Vermarktungszeitpunkte und -zeiträume dieser Kapazitäten aufeinander abzustimmen, damit dem Markt eben ein Maximum der verfügbaren Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. – Damit sind wir am Ende der ersten Frage- und Antwortrunde. Ich schaue zu den Fraktionen, ob es Wortmeldungen für die zweite Fragerunde gibt. Ich sehe Herrn Neumann von der SPD-Fraktion. Bitte schön!

Josef Neumann (SPD): Herr Vorsitzender, vielen Dank für das Wort! – Ich hätte eine Frage an „unternehmernrw“, an Herrn Felsch. Diese Frage korrespondiert aber auch mit einem Teil der Stellungnahme der IGBCE. Sie verweisen hier auf das Thema der Verschärfung des REACH-Verfahrens, und das tun Sie beide, aus Arbeitgeber- wie aus gewerkschaftlicher Sicht. Da möchte ich von beiden etwas vertiefter wissen wollen – können Sie das noch mal darstellen –, was es aus Ihrer Sicht für den Prozess, über den wir insgesamt sprechen, bedeuten würde, wenn das Verfahren verschärft wird oder es bei dem bleibt, was wir haben. Wir haben an anderen Punkten – ich erinnere mich an die Diskussion zum Thema „Pharmastandort NRW“ – diese Debatten schon geführt, als es um die Verschärfung von Maßnahmen ging. Deshalb ist das aus meiner Sicht ein wichtiger Punkt, auf den Sie beide vielleicht noch eingehen könnten.

Dies könnte vielleicht die BCE noch mal ergänzen. In der BCE-Stellungnahme wird noch mal darauf eingegangen, dass dieser Transformationsprozess nicht nur ein politischer,

nicht nur ein technologischer, sondern auch ein Arbeitnehmerprozess ist, und da würde ich doch gern wissen, inwiefern die Beteiligung der Beschäftigten an diesen Prozessen verbessert werden kann, wie diese Veränderung laufen kann und das noch einmal geregelter oder besser werden könnte.

In dem Zusammenhang zu Ihrer Stellungnahme, Herr Schneider vom Wuppertal-Institut: Sie ist in vielen Punkten sehr ausführlich wie die von allen anderen ja auch. Wenn ich über die Schiene spreche, wenn ich über Netze, über Pipelines, über Häfen und über alles andere spreche, dann weiß ich, dass ich viele beteiligen muss. Herr Schneider, deshalb ist für mich die Frage: Was bedeutet das eigentlich? Wie muss ein erfolgreicher Beteiligungsprozess der Menschen aussehen, damit wir über das eine nicht nur sprechen, sondern tatsächlich auch erfolgreich in die Umsetzung gelangen, denn das Ganze nützt uns nichts, wenn wir am Ende des Tages das erleben, was wir bei anderen Pipelines hier in der Region schon erlebt haben. Vielleicht könnten Sie da aus Sicht des Wuppertal-Instituts ein paar Hinweise geben: Was müsste politisch oder gesellschaftlich noch passieren, um eine höhere Akzeptanz zu bekommen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Neumann. Gibt es weitere Wortmeldungen von Ausschussmitgliedern? – Ich sehe Frau Plonsker für die CDU-Fraktion.

Romina Plonsker (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe eine Frage an Herrn Hinterlang vom VCI. Sie haben in Ihrer Stellungnahme über die trilaterale Chemiestrategie geschrieben und diese als vorbildlich für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beschrieben. Meine Frage wäre jetzt, wie diese Strategie dazu beitragen kann, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, aber vor allem, wie sich NRW in das Format einbringt, denn wir besprechen das ja jetzt vor allem aus dem Blickwinkel des Europaausschusses.

Dazu würde ich gerne auch noch eine Frage an Energy4Climate stellen: Sie haben das eben in Ihrer Wortmeldung schon angesprochen, dass Sie dort ja auch sehr viel grenzüberschreitend unterwegs sind. Vielleicht haben Sie ein paar Eindrücke, die Sie uns schildern können, wie Nordrhein-Westfalen schon bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktiv ist. Sie sind ja eine Gesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen. Haben Sie den Eindruck, dass die Landesregierung da die richtigen Weichen stellt?

Und eine ähnliche Frage würde ich auch an Herrn Bux richten. Wenn ich das richtig vernommen habe, war auch der Ministerpräsident bei Ihnen, und es gab auch schon Regierungskonsultationen. Vielleicht können Sie uns schildern, welchen Eindruck Sie davon hatten, ob Nordrhein-Westfalen bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in dem Bereich auf dem richtigen Weg ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Frau Plonsker! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann würde ich jetzt in entgegengesetzter

Richtung die zweite Antwortrunde aufrufen, und das würde heißen: Herr Bux, Sie sind der Erste. – Bitte, Herr Bux!

Arno Bux (Fluxys): Ja, der Herr Ministerpräsident hat einen hervorragenden Eindruck hinterlassen.

(Heiterkeit)

Wir haben uns sehr über den Besuch gefreut.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit komme ich noch mal auf die Konstitution der verschiedenen Länder bzw. die Kompetenzverteilung zurück. Das ist jetzt eine indirekte Antwort auf die Frage, aber ich denke, das ist relevant für die zukünftige Gestaltung der Zusammenarbeit. Energie, Wirtschaft, Transportnetzbetreiber, das alles ist national organisiert. Erneuerbare Energiepolitik ist zum Beispiel in Belgien auf Länderebene allokiert, in Deutschland ist es etwas verteilt, wenn man über Abstandsregelungen usw. nachdenkt. Wenn wir auf CO₂ kommen, sind wir nicht mehr im Energierecht, sondern im Abfallrecht. Also haben wir wieder eine andere Zuständigkeitsverteilung, obwohl auf europäischer Ebene die von der Kommission eingerichtete Arbeitsgruppe zum CO₂ bei der DG ENER angesiedelt ist, also in der Energiewirtschaft. Das ist erst mal Status quo.

Wenn wir darüber nachdenken: „Wo wollen wir denn hin?“, dann kann man natürlich auch CO₂ als die Rückkehrschleife der Energiewirtschaft definieren – das ist wirklich nur eine Frage des Blickwinkels und der Definition – und eben nicht als einen Teil des Abfallrechtes. Also darüber nachzudenken und auch das über Kooperationsverträge auszugestalten, was auf welcher Ebene denn am besten in der Kooperation adressiert wird, ist ganz zentral.

Selbst außerhalb der Pipelinegesellschaft, also wenn man über den Rhein spricht, den Eisernen Rhein usw., haben wir wieder mit unterschiedlichen Körperschaften zu tun, und insofern werfe ich einen Teil der Frage zurück. Ich meine, Sie sind die Profis der Politik. Das Berücksichtigen der unterschiedlichen Zuständigkeiten in der Ausgestaltung der Kooperationen ist eine ganz zentrale Herausforderung, und da ist auch ein bisschen Kreativität und Nicht-Konformität gefragt. Wir haben ja schon Kooperationsvereinbarungen zwischen Regionen und Staaten, zwischen Ländern und Nationen usw. Also da keine Tabus einzulegen, sondern Kooperationsvereinbarungen zu schließen zwischen denen, die halt im dem jeweiligen Gebiet dafür zuständig sind, um das gemeinsame Ziel zu verfolgen, das sollte man im Blick haben.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank! – Herr Felsch!

Alexander Felsch (unternehmernrw): Herr Neumann, Sie hatten die REACH-Verordnung angesprochen und gefragt, warum wir die kritisch sehen und auch noch mal gesagt haben: Das wäre ein guter Punkt, wo man in der Zusammenarbeit im Benelux-Raum etwas erreichen könnte und das auch muss, um unseren Wirtschafts- und Industriestandort einerseits zu stärken, aber um auf der anderen Seite auch die Verfügbarkeit von wichtigen Stoffen sicherzustellen.

Hier ist eben das Beispiel Ibuprofen genannt worden. Wir haben auch während der Corona-Pandemie gelernt, wie schwer man an gewisse Produkte rankommt. Wenn wir sagen, dass wir von gewissen anderen Regionen unabhängiger werden wollen und grundsätzlich den Anspruch haben, dass wir wichtige Produkte nicht nur des täglichen Gebrauchs, sondern auch solche, die in außergewöhnlichen Situationen zur Anwendung kommen, dann müssen wir auch in der Lage sein, das in Europa regulatorisch machen zu dürfen. Dass wir in Europa keine Antibiotika herstellen, hat eben auch Gründe in der Regulierung.

Nimmt man das mal zum Benchmark, dann sind für REACH die Pläne, wie sie jetzt vorliegen, nicht zielführend. Wir haben ja über viele Jahrzehnte – oder man kann auch sagen: Jahrhunderte – gelernt, wie wir mit gefährlichen Chemikalien so umgehen, dass wir das Risiko auf ein Level minimieren, das wir als Gesellschaft zu tragen bereit sind, weil wir sagen, dass das, was auf der anderen Seite an Produkten herauskommt, hat für uns einen höheren Nutzen. Diese Risikoabwägung muss stärker berücksichtigt werden. Stattdessen ist aber vorgesehen, rein auf die Gefahr von einzelnen Chemikalien zu schauen und darüber dann einzelne Chemikalien, aber auch gesamte Stoffgruppen auszuschließen. Wenn Sie auf weniger Stoffe und Vorprodukte zurückgreifen können als Ihre wesentlichen Wettbewerber, dann haben Sie eine schlechtere Position, werden aber auch weniger innovativ sein.

Das heißt, Nordrhein-Westfalen, Deutschland, aber auch Europa insgesamt – es geht ja um eine europäische Regulierung – würden mit der angestrebten Novelle an Innovationskraft verlieren, und deswegen werben wir dafür, dass wir auf dem vernünftigen Weg eines guten Risikomanagements, was wir jetzt so lange gelernt haben und was wir ständig verbessern, voranschreiten und den stärker umsetzen und immer wieder an die aktuellen Gegebenheiten anpassen. Dem wird eben die REACH-Novelle in der jetzigen Form nicht gerecht, und da ist noch ein bisschen Zeit, und die sollte man nutzen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Felsch! – Herr Dr. Scholz!

Dr. Christian Scholz (NRW.Energy4Climate): Danke, Frau Plonsker, für die Nachfrage zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die wir bei NRW.Energy4Climate betreiben. Anders als bei IN4climate.NRW haben wir ja nun seit etwas mehr als einem Jahr bei NRW.Energy4Climate die Möglichkeit, ein eigenes Team für die Themenbereiche „Internationales“ in unseren Reihen zu haben, die dann entsprechend die Fachsäulen für die einzelnen Aktivitäten und Themenschwerpunkte verknüpfen können.

Das sind zum einen, wie ich gerade schon sagte, auch internationale Arbeitskreise, in denen wir aus unseren Fachsäulen heraus mitarbeiten, teilweise auch ein Stück weit in Richtung politischer EU-Ebene, wo wir uns einbringen. Das sind dann Workshops, die wir auf Arbeits- und Fachebenen im grenzübergreifenden Bereich organisieren. Das sind aber dann für uns vor allem eine Vernetzung und ein Austausch auf Netzwerkebene aus NRW heraus mit den benachbarten Ländern, und wir gucken an dieser Stelle auch international ein Stück weiter, und das Ganze in Verbindung mit der Politik, gerade was das Thema „Delegationsreisen“ angeht. Ende diesen Monats beispielsweise

ist eine Reise nach Schottland mit Frau Ministerin Neubauer geplant, wo es dann ganz konkret um das Thema „Wasserstoff“ und auch um das Thema „CCS“, also Carbon Capture and Storage, gehen wird. Das vielleicht als ein Beispiel zu diesem Bereich.

Ein weiterer Arbeitsbereich in diesem Zusammenhang sind auch Konferenzen, die wir in der internationalen Zusammenarbeit gestalten. Für die zweite Jahreshälfte ist zum Beispiel mit Norwegen die Ausrichtung des German-Norwegian Hydrogen-Forums hier in Nordrhein-Westfalen geplant, wo wir dann auch wieder genau diese Themen wie Wasserstoff, aber auch CCS adressieren werden.

Das Ganze wird auch in den jüngsten Tagen durch die Bereiche des Wasserstoffimports immer mehr. Wir haben im Januar eine Auftakt-Importveranstaltung mit Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen veranstaltet, um ein Stück weit den Bedarf und die Aktivitäten zu erkennen, die wir als E4C und die dann auch die Landesregierung an dieser Stelle unterstützen kann, und zu sehen, was dort nachgefragt wird. Darauf aufbauend ist es für uns natürlich auch interessant, mit den gesamten Ländern, die im Moment noch sehr offen zur Diskussion stehen, in Kontakt zu treten. Also wir sehen ja teilweise, wenn wir über Wasserstoffimporte oder auch erst mal über Derivate, also zum Beispiel grünes Ammoniak, sprechen, dass sich Importrouten aus Australien oder Kanada nach Nordrhein-Westfalen auf tun. Wir sehen auch, dass die MENA-Region, dass teilweise Namibia und Chile in der Diskussion stehen. Wir blicken aber von europäischer Ebene auch auf direkte Nachbarstaaten wie Portugal, Spanien oder Schottland und Norwegen, und aus diesem Grund heraus folgen auch die eben geschilderten Aktivitäten, die wir in diesem Bereich anstreben.

Nicht zuletzt ist es so, dass wir als E4C nicht nur aus NRW heraus diese entsprechenden Aktivitäten anstoßen, sondern dass inzwischen, nachdem wir seit etwas mehr als einem Jahr mit unserer Arbeit am Start sein dürfen, das Interesse und die Bekanntheit ein Stück weit so vorhanden ist, dass auch aus dem Ausland heraus Kontaktaufnahmen erfolgen, die wir dann weiterverfolgen und aus denen sich konkrete Aktivitäten herauskristallisieren können.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Dr. Scholz! Jetzt habe ich gelernt, dass Energy4Climate in der Kurzversion E4C ist. Auch dafür vielen Dank! – Herr Schneider zur Beteiligungsfrage von Herrn Neumann!

Clemens Schneider (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Danke für die Frage, Herr Neumann! Die Frage bezog sich ganz allgemein, glaube ich, auf das Gelingen dieser Infrastrukturumsetzungen, wozu vor allem Kolleginnen von mir am Institut sehr intensiv arbeiten. Aus meiner Sicht ist es entscheidend, da zwischen den verschiedenen Infrastrukturen zu unterscheiden. In Bezug auf Wasserstoff haben wir jetzt schon eine ganze Menge. Wahrscheinlich sind auch Leute hier im Raum, die aus diesem Prozess noch sehr viel hautnah berichten können, als ich das jetzt kann. Da sehe ich im Moment – derzeit sprechen wir ja über Wasserstofftransportnetze – im Hinblick auf die Akzeptanz keine großartigen Probleme. Natürlich geht das teilweise auch in die Geschäftsfelder der bisherigen Transportnetzbetreiber hinein, und die

Problematik haben wir ja schon gehört. Wenn der Staat das jetzt in die Hand nimmt, dann kann das natürlich an der Stelle auf Unternehmensebene kritisch gesehen werden.

Ich habe versucht, das Thema „Methanol“ in der Runde stark zu machen. Methanol ist erst mal giftig, so wie viele andere Erdölprodukte auch, die in Nordrhein-Westfalen produziert und über Pipelines, aber auch in der Binnenschifffahrt transportiert werden. Also wenn da neue Pipeline-Infrastrukturen entstehen würden, ist es sicher wichtig, die Leute, die damit in Berührung kommen könnten, die in der Nachbarschaft sind, jeweils dann auch mitzunehmen. Ich hoffe, dass die Unternehmen, die Pipelines betreiben, damit inzwischen sehr viel Erfahrung haben. Aber an sich sehe ich bis auf die nachbarschaftlichen Beziehungen zu den Anrainern an Pipelines da nicht unbedingt Akzeptanzprobleme.

Eine weitere Sache, die wir bisher noch nicht besprochen haben, die aber sicherlich auch die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie mittel- und langfristig betrifft, ist beispielsweise das Thema „Propylen-Pipelines“. Es taucht ja auch immer wieder mal die Idee auf, da noch eine Verbindung nach Westen zu schaffen, also parallel zur Ethylen-Pipeline, die schon besteht. Das könnte natürlich auch Geschäftsmodelle von in NRW ansässigen Unternehmen betreffen, die eben Propylen herstellen, wenn das genutzt wird, um Propylen zu importieren, anstatt es in NRW zu produzieren. Also wenn man in die Richtung weitergehen möchte, ist es sicherlich wichtig, die möglicherweise betroffenen Unternehmen und auch ihre Beschäftigten an der Stelle mitzunehmen.

Der kritischste Punkt ist sicherlich – ich fasse das mal mit unter das Thema „Infrastruktur“ – das Thema „Raffinerien“. Die gehören sicherlich zur Energie-Infrastruktur dazu. Wenn wir irgendwann zu einem Ölausstieg kommen wollen – ähnlich wie dem Kohleausstieg, den wir jetzt auf dem Weg haben –, wird es auch anspruchsvoll sein, diesen Ausstieg zu organisieren, und mir ist nicht bewusst, dass es dafür bisher ein Konzept geben würde, wie das organisiert werden könnte. Da stehen viele Dinge auf dem Spiel. Da sind Beschäftigte betroffen, da sind die Unternehmen betroffen, die die Raffinerien betreiben, und da sind auch wettbewerbspolitische Aspekte betroffen. Man schränkt dadurch die Anzahl der Anbieter ein. Es ist die Regionalpolitik betroffen. Also prinzipiell können in bestimmten Regionen dann erst mal die Kraftstoffpreise steigen. Sie kennen die Diskussionen, die wir mit Schwedt hatten, vor allem auch im Frühjahr.

Da sind wir jetzt in NRW zumindest in der Position, dass die Produktpipeline schon liegt, die andere Regionen in Deutschland dann vielleicht noch brauchen. Also nach Nordrhein-Westfalen können wir Fuels aus dem Ausland importieren. Also da haben wir diese Problematik an der Stelle nicht, aber der Raffinerieabbau und -umbau ist die große Herausforderung im Hinblick auf die Infrastruktur, wenn wir jetzt in Richtung Chemie und Fuels denken, die noch vor uns liegt.

Zur Frage der Flächen: Flächen sind vielleicht in Rotterdam ein noch viel größeres Problem. Was machen wir mit den Flächen, wenn die Raffinerien abgebaut werden? Die bieten natürlich Potenziale, aber zunächst einmal sind die hoch belastet. Das sind Herausforderungen, und da muss man sicherlich einen guten Prozess organisieren, um das über die Bühne zu bringen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Schneider! – Jetzt digital zugeschaltet Herr Kirli. Bitte schön!

Ömer Kirli (IGBCE Landesbezirk Nordrhein [per Video zugeschaltet]): Herzlichen Dank für die Frage! Ich werde nicht direkt auf die Frage antworten, sondern kurz mit dem Thema „Raffinerien“ beginnen. Wir sehen das ein bisschen anders als der Kollege vom Wuppertal-Institut. Wir glauben, dass man die Raffinerien hier vor Ort umbauen kann und dass das anhand von Technologie – zum Beispiel durch Umstellung auf grünes Naphtha und Ähnliches – möglich sein könnte, sodass wir auch diese Wertschöpfungsstufe in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen erhalten können. Denn warum sollte jemand, der die erste Wertschöpfungsstufe schon verlagert hat, nicht auch weitere Wertschöpfungsstufen verlagern? Es wäre im Hinblick auf das Thema „Industrie in Nordrhein-Westfalen“ fatal, wenn wir nach und nach unsere Ketten verlieren und hier nur noch die bereits veredelten Produkte konsumieren. Das als Beginn und als Hinweis oder als Überleitung zu dem Thema: Was braucht es, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitzunehmen?

Noch ein Hinweis an dieser Stelle: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind meistens die Konstante im Betrieb. Das Kapital ist weltweit beweglich, die Anlagen und die Investitionen und die Beschäftigten und Fachkräfte sind es nicht. Und in dem Zusammenhang sind sie auch diejenigen, die im Betrieb Transformation gestalten. Allerdings fehlt es da noch an einem Rechtsrahmen, wo das möglich ist, also auch für Betriebe beispielsweise, wo es nicht eine starke Gewerkschaft gibt, die die Leute unterstützt.

In dem Zusammenhang wäre eine Kernforderung, dass wir das Betriebsverfassungsgesetz insoweit novellieren, dass Betriebsräte auch mit Transformationskompetenzen ausgestattet werden. Des Weiteren müssen die Beschäftigten auch im Zusammenhang mit Standortentscheidungen mit inbegriffen sein und diese mitentscheiden dürfen. Daher wäre unsere Forderung an der Stelle auch die Abschaffung des Doppelstimmrechts in Aufsichtsräten. Das sind natürlich alles Bundesgesetzgebungen, aber das wären aus unserer Sicht Wege, um die Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu unterstützen.

Bis jetzt ist es so, dass wir dort, wo wir als Gewerkschaft stark sind, Transformationskompetenzen bei den Kolleginnen und Kollegen Betriebsräten schaffen, und diese können auch in der Regel, also wenn der Betrieb sozialpartnerschaftlich aufgestellt ist, über den Wirtschaftsausschuss, aber auch über den Betriebsrat durch Initiativen das Thema „Transformation“ mitgestalten, aber vielerorts ist das leider nicht möglich. Wenn man dafür die gesetzliche Grundlage schafft – und dafür gab es ja auch einen Ansatz im europäischen Parlament, beispielsweise europäische Betriebsräte zu stärken –, dann kann das gelingen.

Ich würde überleiten zu dem Thema „Chemikalienstrategie“. Herr Felsch von Unternehmer.NRW hat ja bereits einige Punkte genannt. Ich möchte diese noch mal um einige Zahlen ergänzen, und zwar gehen wir davon aus – die Zahlen kommen von CEFIC, das ist eine Folgenanalyse, die im Zuge der Initiative „Chemikalienstrategie“ entstanden ist –, dass je nach Szenario round about 47 Milliarden bis 81 Milliarden Euro an jährlichen Umsatzverlusten für die chemische Industrie drohen. Es drohen

Verluste von 77.000 bis 126.000 Arbeitsplätzen, und natürlich kommen da noch regulatorische Mehraufwände auf die Unternehmen zu. Das wird auf Beträge zwischen 434 Millionen und 518 Millionen Euro beziffert. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Novellierung round about 28 % des Produktportfolios, also 28 % des Umsatzes, wofür das Produktportfolio steht, betroffen sein könnten. Unsere Bitte wäre in diesem Zusammenhang, dass man bei der Analyse der Gefährlichkeit von Stoffen auf das Endprodukt schaut, weniger auf die Grundstoffe, aus denen die Produkte geschaffen werden.

Da möchte ich gerne zwei Beispiele erwähnen, die dafür sprechen, warum in der Kette der stoffbasierte Ansatz vielleicht nicht zielführend ist. Das ist einmal das Thema „Herzmedikamente“. Die Basis davon ist Nitroglycerin, und das ist für sich ein sehr gefährlicher Stoff, aber in der Kette können daraus Herzmedikamente hergestellt werden. Ein weiteres Beispiel ist Dünger aus Aminosäuren. Aminosäuren für sich wären wahrscheinlich im Zuge der Chemikalienstrategie verboten, Dünger allerdings nicht. Da sieht man, dass man durch verschiedene chemische Verfahren sinnvolle Produkte aus Grundstoffen herstellen kann, die eigentlich für sich genommen gefährlich sind. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Kirli. – Zum Schluss der zweiten Antwortrunde Herr Hinterlang, der von Frau Plonsker angesprochen wurde!

Jan Hinterlang (Verband der Chemischen Industrie, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Ganz herzlichen Dank! – Vielen Dank für die Frage! Das gibt mir die Gelegenheit, noch mal auf die trilaterale Strategie einzugehen. Sie hatten gefragt, wie die dazu beitragen kann, die Wettbewerbsfähigkeit und die Wirtschaft hier im Raum zu stärken. Ich würde gerne ein Beispiel aus dem Bereich der Arbeitsgruppe Infrastruktur innerhalb dieser Strategie nennen. Dort hat NRW auch die Schirmherrschaft über diese Arbeitsgruppe, und im Rahmen dieser Arbeitsgruppe hat sich dann eben auch eine Gruppe von acht Chemieunternehmen und den beiden Häfen Rotterdam und Antwerpen zum Thema „Pipelinenetzentwicklung“ zusammengefunden, und hier ist zu Beginn tatsächlich die Zielsetzung gewesen: Wie schaffen wir es kurzfristig, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten und dann den Transformationsaspekt in das Pipeline-Thema mit hineinzubringen? Das heißt, kurzfristig Versorgung mit petrochemischen Rohstoffen. Herr Schneider hatte gerade das Thema „Propylen“ angesprochen, auch LPG spielt hier noch eine Rolle als Ausgangsstoff jeweils in der Kunststoffwertschöpfung, und dann eben perspektivisch die Umstellung zu alternativen Rohstoffen, Wasserstoff, CO₂, aber durchaus auch andere grüne Moleküle. Methanol ist da ganz sicher auch ein Thema.

Wir haben einen Blick auf diese Bedarfe geworfen, die wir innerhalb dieses Unternehmenskreises erhoben haben. Wir haben uns mögliche Routen angeschaut, die hier genommen werden könnten. Wir haben uns Wirtschaftlichkeitsfragen mit Blick auf die notwendige Entwicklung der Pipeline-Infrastruktur angeschaut und haben dann eben diese Analyse letztlich auch kommuniziert, und auf diese Erkenntnisse konnten dann die entsprechenden Konsortien die entsprechenden konkreten Projekte, die jetzt

beispielsweise auch von Rotterdam ausgehen – genauso aber auch in Belgien aus Antwerpen heraus –, aufsetzen. Unsere Vorarbeiten waren sicherlich hilfreich in dem Kreis, und wir bieten uns als trilaterale Strategie mit den entsprechenden Gremien und Strukturen, die hier geschaffen worden sind, nämlich auch einer Joint Declaration of Intent der drei Ministerien, als Gesprächspartner für diese konkreten Projekte an, um die bestmöglich auch vonseiten der Anwender zu unterstützen.

Was wir hier in jedem Fall als wichtige Lehre auch aus der Zusammenarbeit gezogen haben, ist das Thema, dass es hochgradig komplex ist, über die Pipeline-Entwicklung unterschiedlicher Stoffe zu sprechen. Also wir haben das Thema „Wasserstoff, CO₂, Produkt-Pipelines“, die jeweils unter anderen Voraussetzungen mit anderen Akteuren entsprechend entwickelt werden, und wenn man sich hier einfach nur mal den Zeitraum von Planung und Genehmigung am Beispiel Wasserstoff anschaut – das kennen hier die Kollegen der Fernleitungsnetzbetreiber noch mal besser –, dann reden wir über Zeiträume, die möglicherweise nicht zwangsläufig mit dem dynamischen Hochlauf des Bedarfs zusammenpassen, sowohl beim Thema „Wasserstoff“ als eben auch beim Thema „CO₂“ und auch beim Thema der Produkt-Pipelines.

Wenn man hier bestimmte Elemente des Planungs- und Genehmigungsverfahrens möglicherweise vor die Klammer ziehen könnte, bevor konkrete Bedarfe und Projekte tatsächlich vorliegen, und dadurch beispielsweise für No-Regret-Verbindungen, die ja durchaus schon identifiziert sind, Elemente des Raumordnungsverfahrens gegebenenfalls vorzieht, vor die Klammer zieht, sich bestimmte Trassen durchaus auch für die unterschiedlichen Produktkategorien noch mal näher anschaut, kann uns das gegebenenfalls dann später Zeit bringen.

Und der allerletzte Punkt – als zweites Beispiel und auch mit Blick darauf, wie NRW unterstützen kann, noch mal zurückkommend auch auf das Thema der weiteren Infrastruktur – ist der Bereich Schiene, also eine Rhein-3RX, also die Verbindung nach Antwerpen, wo wir über keine marode, aber eine Infrastruktur sprechen, die im Moment den Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Dort läuft die Aktualisierung einer Kosten-Nutzen-Analyse, und gleichzeitig laufen Drei-Länder-Gespräche zu einem Mobilitätspaket, das neben dem Thema „3RX“ auch noch weitere Schienenverbindungen berücksichtigt. Wenn man hier ein Paket schnürt, das auch die Niederländer überzeugt, gibt es durchaus eine realistische Chance, das Projekt jetzt umzusetzen. Da soll es jetzt im Sommer zu einer politischen Einigung kommen, und ich glaube, das kann nur gelingen, wenn tatsächlich aus NRW heraus, aus der Politik, aber auch von allen anderen Akteuren die Bedeutung dieses Schienenweges dann Richtung Berlin getragen wird. Nur dann bekommt es die Priorität, die es verdient. – Vielleicht diese beiden Anmerkungen zu Pipeline und Schiene als Beispiel und als Themen, wo NRW auch über die trilaterale Strategie gut unterstützen kann.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Hinterlang. – Gibt es noch weitere Fragen vonseiten der Ausschussmitglieder? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Ende der wirklich kompakten und qualitativ, fand ich, sehr hochwertigen Anhörung. Ich bedanke mich ganz herzlich bei der Landtagsverwaltung, bei Frau Stall für die gute Organisation, und ich bedanke mich für die Begleitung durch den Sitzungsdocumenta-

rischen Dienst und auch für die Begleitung durch die Staatskanzlei. Vielen Dank dafür! Das Protokoll der heutigen Veranstaltung ist nach Fertigstellung auf der Internetseite des Ausschusses einsehbar. Ich danke Ihnen allen als Sachverständige für die schriftlichen Stellungnahmen und dafür, dass Sie uns heute hier in Präsenz, digital oder telefonisch für unsere Fragen zur Verfügung gestanden haben. Ich wünsche allen, die hier sind, eine gute Heimreise und allen einen schönen Freitagabend und ein schönes Wochenende. Bleiben Sie gesund! – Die Anhörung ist geschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

Anlage

16.02.2023/22.02.2023

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Europa und Internationales

**„Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum“: Gemeinsam mit Belgien
und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und
internationale Verständigung**

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1664

am Freitag, dem 3. Februar 2023
14.00 bis (max.) 17.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Jan Hinterlang Verband der Chemischen Industrie e.V. Landesverband Nordrhein-West- falen Düsseldorf	Jan Hinterlang	18/269
Frank Löllgen IG BCE Düsseldorf	Ömer Kirli (virtuell)	18/227
Johann Cahueau Deutscher Delegationsleiter der Ober- rheinkonferenz Kehl	Johann Cahueau (virtuell bis 16.00 Uhr) Vulla Parasote (virtuell)	18/252
Dr. Jörg Bergmann Open Grid Europe GmbH Essen	Detlef Brüggemeyer	18/272
Clemens Schneider Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH Division Future Energy and Industry Systems Wuppertal	Clemens Schneider	18/270
Dr. Christian Scholz Projektmanager Industrie und Produk- tion NRW.Energy4Climate Düsseldorf	Dr. Christian Scholz	18/267
Alexander Felsch Unternehmer.NRW Düsseldorf	Alexander Felsch	18/266

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Dr. Arnd Köfler thyssenkrupp Steel Europe AG Duisburg	Gerrit Riemer	---
Arno Bux Fluxys BRUXELLES Belgium	Arno Bux Friedrich Rosenstock	18/268